Stand: 12.09.2026 13:41:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8667

"Kommunales Sofortprogramm: Direktmittel für Bayerns Städte und Gemeinden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8667 vom 28.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8700 vom 29.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 28.10.2025 **Drucksache 19/8667**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Kommunales Sofortprogramm: Direktmittel für Bayerns Städte und Gemeinden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für das Spitzengespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden am 30. Oktober 2025 über den kommunalen Finanzausgleich 2026 sowie für den Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 folgende Punkte im Rahmen eines kommunalen Sofortprogramms vorzusehen:

1. Eine jährliche Kommunalmilliarde ist aus den Mitteln des investiven Sondervermögens des Bundes vorzusehen. Die Mittel sind als investive, eigenkapitalfähige Direktzahlungen an alle Städte und Gemeinden im Freistaat auszuzahlen. Die Verteilung soll unter Berücksichtigung der jeweiligen Einwohnerzahl erfolgen (Pro-Kopf-Betrachtung).
2. Des Weiteren sollen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt 1,5 Mrd. Euro aus der im Jahr 2025 vereinnahmten Erbschaftsteuerzahlung i. H. v. 4,0 Mrd. Euro aus dem Nachlass des Industriellen Heinz Hermann Thiele (Knorr-Bremse AG) als einmaliger, eigenkapitalfähiger Soforthilfe direkt und per Pro-Kopf-Verteilung an alle bayerischen Städte und Gemeinden ausgezahlt werden.
3. Auf die bisherige Praxis der sogenannten Fraktionsreserve für die Regierungsfraktionen vollständig für einen Zeitraum von zwei Jahren zu verzichten und die eingesparten Mittel (zuletzt 90 Mio. bzw. 100 Mio. Euro pro Jahr) stattdessen ebenfalls direkt zur Stärkung der Kommunalfinanzen einzusetzen.
4. Die kommunale Verbundquote am allgemeinen Steuerverbund soll von derzeit 13 auf 15 Prozent angehoben werden, um die Verwaltungshaushalte der Kommunen durch höhere Schlüsselzuweisungen strukturell und nachhaltig zu stärken.

Begründung:

Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke bilden das Fundament unseres Freistaates. Ohne sie läuft nichts – keine Schulen, keine Straßen, keine Kitas und auch kein Klimaschutz. Gleichwohl stehen die bayerischen Kommunen derzeit finanziell so schlecht da, wie seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 nicht mehr. Nach Angaben des kommunalen Finanzreports 2025 der Bertelsmann Stiftung wiesen die bayerischen Kommunen im Jahr 2024 ein Rekorddefizit von 5,3 Mrd. Euro aus – mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr (2,3 Mrd. Euro). Bereits der Jahresauftakt 2025 war mit einem Defizit von knapp 4 Mrd. Euro belastet. Damit verzeichnet der Freistaat mittlerweile das höchste kommunale Defizit aller Zeiten.

Parallel hierzu besteht ein enormer Investitionsrückstand. Laut KfW-Kommunalpanel 2024 beträgt der bundesweite kommunale Investitionsrückstand rund 186 Mrd. Euro,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

wovon auf Bayern schätzungsweise 20 bis 30 Mrd. Euro entfallen. Gleichzeitig werden im Staatshaushalt weiterhin erhebliche Mittel als sogenannte Fraktionsreserve eingestellt – im Nachtragshaushalt 2025 rund 90 Mio. Euro (Kap. 13 02 Tit. 893 06), die exklusiv den Fraktionen von CSU und FREIE WÄHLER für Einzelprojekte in den jeweiligen Stimmkreisen zur Verfügung stehen. Diese Praxis ist weder transparent noch effizient und leistet keinen Beitrag zur Lösung der strukturellen Finanzprobleme der Kommunen. Marode Straßen, sanierungsbedürftige Brücken, geschlossene Schwimmbäder, veraltete Abwasserkanäle und unzureichend ausgestattete Bildungseinrichtungen sind sichtbare Folgen dieser Unterfinanzierung. Vor diesem Hintergrund besteht akuter Handlungsbedarf. Der Dringlichkeitsantrag bündelt drei zentrale und aufeinander abgestimmte Maßnahmen, um die kommunale Finanzkraft nachhaltig zu sichern und zu stärken:

Aus dem geplanten Bundes-Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ sollen jährlich 1 Mrd: Euro (ca. 70 Prozent der jährlich verfügbaren Summe von rund 1,3 Mrd. Euro) für einen Zeitraum von 12 Jahren unmittelbar an die bayerischen Kommunen weitergeleitet werden, denn unsere Kommunen tragen in Deutschland über 70 Prozent der öffentlichen Investitionen. Dies entspricht auch der Forderung des Bayerischen Landkreistages. Die eigenkapitalfähige Verteilung der investiven Mittel soll pro Kopf erfolgen, um eine faire, unbürokratische und bedarfsgerechte Mittelvergabe sicherzustellen. Von den im Jahr 2026 vereinnahmten 4 Mrd. Euro Erbschaftsteuer aus dem Thiele-Nachlass, der höchsten Einzelzahlung in der Geschichte der Bundesrepublik, sollen insgesamt 1,5 Mrd. Euro als einmalige, eigenkapitalfähige Soforthilfe an alle Städte und Gemeinden im Freistaat ausgezahlt werden. Auch hier soll die Verteilung nach dem Pro-Kopf-Prinzip erfolgen. Diese Mittel stärken ebenfalls die Eigenkapitalbasis der Kommunen, erhöhen ihre Förderfähigkeit und ermöglichen gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche wie Digitalisierung, Klimaschutz, Verkehr und soziale Infrastruktur.

Die hier aufgeführten Punkte 1 bis 3 kommen ohne Neuverschuldung aus. Die Finanzierung erfolgt vollständig aus bereits vorhandenen Haushaltsmitteln sowie aus künftigen und bereits vereinnahmten bzw. zweckgebundenen Mitteln. Der Staatshaushalt wird nicht zusätzlich belastet. Darüber hinaus führen die vorgeschlagenen Direktzuweisungen an Städte und Gemeinden zu einem deutlichen Abbau von Bürokratie und einer spürbaren Verwaltungsvereinfachung. Durch die pauschale, pro Kopf berechnete Mittelvergabe entfällt der bisher hohe Aufwand für Antragsverfahren, Einzelfallprüfungen und Nachbewilligungen. Dies ermöglicht eine schnelle, unbürokratische und transparente Umsetzung vor Ort. Denn die Kommunen wissen doch am besten, wo der Schuh besonders drückt. Dies wird mithilfe der Eigenkapitalfähigkeit nochmals unterstützt, denn oftmals können Kommunen keine Zuschüsse mehr in Anspruch nehmen, da sie nicht mehr in der Lage sind, kleinste Eigenmittel zur Verfügung zur stellen. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen oftmals nicht mehr zur Erfüllung der laufenden Aufgaben, so die Auskunft zahlreicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im gesamten Freistaat, die sich hilfesuchend an die SPD-Fraktion wenden.

Durch die hier beschriebenen Maßnahmen fließen Mittel in Höhe von 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2026, 1,1 Mrd. Euro im Jahr 2027 sowie weitere 1 Mrd. Euro jährlich bis einschließlich 2038 in die kommunale Familie. Beinahe 200 Euro pro Kopf stünden unseren Kommunen für das Jahr 2026 zur Verfügung. Eine kleine Mittelstadt wie Zirndorf im mittelfränkischen Landkreis Fürth mit rund 25 000 Einwohnern würde demnach von über 4,9 Mrd. Euro im Jahr 2026 profitieren. In den Anschlussjahren wären es nochmals 75 Euro pro Kopf und Haushaltsjahr. Und auch Landkreise und Bezirke profitieren dann indirekt über die kommunalen Umlagesysteme von den zusätzlichen Investitionsmitteln.

Eine Erhöhung der Verbundquote ist das zentrale Instrument zur strukturellen und nachhaltigen Stärkung der Kommunalfinanzen. Gerade nicht zweckgebundene Einnahmen im Verwaltungshaushalt durch höhere Schlüsselzuweisungen ermöglichen es den Kommunen, ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrzunehmen und die strukturelle Schieflage zu beheben. Eine Anhebung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 Prozent sollte daher jetzt erreicht werden. Diese vier Maßnahmen schaffen gemeinsam die Voraussetzung für eine spürbare finanzielle Entlastung der Kommunen, eine Stärkung der kommunalen Investitionskraft und eine nachhaltige Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge in Bayern.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.10.2025 **Drucksache** 19/**8700**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**8667**

Kommunales Sofortprogramm: Direktmittel für Bayerns Städte und Gemeinden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Michael Hofmann
Abg. Andreas Jurca
Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Tim Pargent
Abg. Martin Huber
Abg. Norbert Dünkel
Staatssekretär Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Kommunales Sofortprogramm: Direktmittel für Bayerns Städte und Gemeinden (Drs. 19/8667)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Harry Scheuenstuhl, SPD-Fraktion, das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kommunen in Bayern stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Hütte brennt, und das ist hausgemacht – hausgemacht durch eine Staatsregierung, die seit Jahren zuschaut, wie den Städten und Gemeinden das Wasser bis zum Hals steht, und das mit vollen Taschen.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir von der SPD sagen: Schluss mit dem Zuschauen! Jetzt ist Handeln angesagt! Wir fahren nicht runter, wir fahren hoch; deshalb legen wir heute ein kommunales Sofortprogramm vor, das unsere Kommunen wirklich entlastet, strukturell gerecht und beinahe ohne neue Schulden.

Vier Punkte, die sofort helfen:

Erstens: die Kommunalmilliarde. Seit Jahren fordern wir für Bayern eine Kommunalmilliarde, nicht einmalig, sondern jedes Jahr, für voraussichtlich zwölf Jahre. Der Bund stellt über das Sondervermögen für Investitionen und Klimaneutralität insgesamt 15,7 Milliarden Euro für Bayern bereit. Dieses Geld muss dahin, wo investiert wird, nämlich in die Rathäuser und Bauhöfe, und nicht in die Ministerien.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Kommunen stemmen über 70 % aller öffentlichen Investitionen, und trotzdem müssen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister darum betteln, dass sie Turnhallen oder Kindergärten sanieren dürfen. Das ist absurd. Deshalb sagen wir: Diese Milliarden müssen direkt, pro Kopf und ohne Bürokratie, an die Märkte und Gemeinden und Städte fließen, als echte Investitionshilfe, nicht als Gnadenbrot aus München.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: 1,5 Milliarden Euro aus der Erbschaftsteuer, der kommunale Rettungsring, als Einmalzahlung im kommenden Haushaltsjahr 2026. Bayern kann sich über diese Rekorderbschaftsteuereinnahmen freuen, auch wenn manche sie abschaffen wollen. 4 Milliarden Euro, toll! Und davon wünschen wir uns 1,5 Milliarden für die Kommunen. Der Vorschlag ist einfach und simpel: Wieder wird pro Kopf verteilt. Das stärkt das Eigenkapital, erhöht die Förderfähigkeit und gibt den Kommunen Luft zum Atmen. Keine neuen Schulden, keine neuen Programme, einfach eine faire und direkte Soforthilfe!

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das Argument, es sei kein Geld da, zieht seit letzter Woche nicht mehr so ganz. Wir freuen uns darüber, dass Finanzminister Füracker selbst verkündet hat, dass es nach der Steuerschätzung jetzt mehr Geld geben soll: 2026 1,5 Milliarden Euro, 2027 sogar – jetzt muss ich nachschauen – 1,8 Milliarden Euro mehr gegenüber der letzten Schätzung. Das ist natürlich eine tolle Geschichte, aber es ist kein Grund für Euphorie. Aber es ist sehr wohl Grund für Verantwortung; denn wenn trotz dieser Mehreinnahmen nichts bei den Kommunen ankommt, dann läuft etwas gehörig schief; dann ist nicht die Lage das Problem, sondern die Prioritätensetzung von CSU und FREIEN WÄHLERN.

Drittens: Schluss mit der Fraktionsinitiative, für zwei Jahre uneingeschränkte Solidarität mit den Kommunen! Jedes Jahr gönnen sich CSU und FREIE WÄHLER rund

100 Millionen Euro Fraktionsinitiative, einen parteipolitischen "Wünsch-dir-was-Topf". Für mich werden diese Mittel nicht nach Bedarf, sondern nach Nähe zur Regierungsbank verteilt. Wir sagen: Diese 100 Millionen Euro pro Jahr gehören nicht in die Wahlkreiskassen, sondern in die Gemeindekassen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zwei Jahre lang darauf zu verzichten, wäre ein echtes Zeichen der Solidarität mit den Städten und Gemeinden im Freistaat.

Viertens: die Erhöhung der kommunalen Verbundquote, Stichwort strukturelle Stärkung statt Almosen. Die Kommunen brauchen nicht nur einmalige Hilfen, sie brauchen Planungssicherheit. Immer wieder hört man aus den Rathäusern: Gebt uns endlich die Planungssicherheit, wir wissen nicht, was nächstes oder übernächstes Jahr ist. – Dieses Durcheinander muss aufhören. Darum fordern wir, die kommunale Verbundquote von derzeit 13 % auf 15 % anzuheben; denn höhere Schlüsselzuweisungen bedeuten, dass die Kommunen ihre Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen können. Schluss mit den haushaltspolitischen Taschenspielertricks und Schluss mit dem politischen Geiz von CSU und FREIEN WÄHLERN! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Michael Hofmann das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen wird der kommunale Finanzausgleich zwischen dem Finanzminister und den kommunalen Spitzenverbänden beraten. Deswegen ist natürlich nachvollziehbar, dass man sich in der Plenarsitzung mit den kommunalen Finanzen beschäftigt. Das haben wir in den letzten Wochen oft genug getan. Grundsätzlich kann man auch über jeden Antrag diskutieren. Ich hätte mir gewünscht, dass die Rede etwas ernsthaf-

ter gewesen wäre und nicht mit so viel Pomp gehalten worden und nur auf Hype aus wäre.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lieber Kollege Scheuenstuhl, mit dieser Show, die Sie immer wieder abziehen, erteilen Sie einer Seriosität gegenüber den Kommunen eine klare Absage.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie sind halt ein wenig neidisch!)

– Lieber Kollege, um Gottes Willen, Neid ist eher etwas, das ich bei Ihnen verorte, wenn ich sehe, wie Sie sich über die Politik des Freistaats Bayern aufregen. Dazu komme ich gleich.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der Neid zeigt sich zum Beispiel in der Forderung bezüglich der Erbschaftsteuer!)

Wenn ich mich mit den Bürgermeistern und Landräten in meinem Wahlkreis unterhalte, stelle ich schlicht und ergreifend fest, dass sie sehr gut nachvollziehen können, dass wir uns alle miteinander in einer schwierigen Situation befinden, auch deswegen, weil die Einnahmen nicht so steigen wie die Ausgaben. Das betrifft uns alle gemeinsam. Ich spare mir, näher darauf einzugehen, woran das liegt, weil ich das beim letzten Mal schon gesagt habe. Sie wissen es ganz genau. Deswegen will ich Sie nicht noch einmal auf die Palme bringen. Die wirtschaftliche Entwicklung war in den letzten Jahren nicht so, wie wir uns das gewünscht hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben vorhin etwas vergessen. Sie haben sich nämlich nur auf die bayerischen Kommunen bezogen. Es geht aber allen Kommunen in der gesamten Bundesrepublik nicht so gut. Das liegt schlicht und ergreifend an mehreren Faktoren:

Erstens. Die Personalausgaben sind deutlich gestiegen. Das mag mit neuen Stellen, aber auch mit der Lohnentwicklung zusammenhängen.

Zweitens. Auch die Sozialausgaben sind gestiegen. Vielleicht haben Sie sich einmal mit Bezirksräten und Bezirkstagspräsidenten unterhalten. Wir haben inzwischen hohe Standards. Es ist in Zeiten, in denen sich die Wirtschaft gut entwickelt, auch durchaus verständlich, dass man den Schwächeren hilft. Wenn es aber am Ende des Tages dazu führt, dass wir den Kommunen das Wasser abgraben, wird es schwierig. Genau an der Stelle stehen wir im Moment. Das wird uns auch rückgemeldet, weil wir mit Einzelmaßnahmen und mit Einzelanliegen in einer Größenordnung von sechsstelligen Beträgen arbeiten müssen. Das ist nicht mehr vermittelbar. Die Bezirke haben uns klipp und klar gesagt, dass wir den Menschen auch mit weitaus geringeren Standards helfen könnten.

– Es ist schade, dass Herr Kollege Scheuenstuhl von der Rede jetzt schon genug hat. Aber dann sei es so. Jetzt kommt er wieder zurück, das ist aber schön.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er musste seinen Geldbeutel holen! – Martin Wagle (CSU): Einen Scheck!)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns ernsthaft bleiben. Im Jahr 2025 stehen den Kommunen 12 Milliarden Euro durch den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung. Das ist eine Steigerung von 5,3 % insgesamt. Zeigen Sie mir einen anderen Bereich des Etats des Freistaats Bayern, der in einer ähnlichen Größenordnung gestiegen ist. Unser Finanzminister hat hier am Rednerpult mehrmals darauf hingewiesen. Uns zu unterstellen, dass wir kein Herz für die Kommunen hätten, geht schlicht und ergreifend an der Sache vorbei.

Wenn ich mich mit den Kommunen unterhalte, stelle ich fest, dass sie sagen: Wir sind heilfroh, dass wir uns im Freistaat Bayern befinden und nicht in irgendeinem anderen Bundesland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und es würde im Übrigen zur Ehrlichkeit der Diskussion dazugehören, wenn Sie auch sagen würden, dass wir nicht nur diese 12 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, sondern darüber hinaus noch weitere 10 Milliarden Euro, insgesamt also 22 Milliarden Euro. Der Freistaat Bayern gibt fast jeden dritten Euro für die Kommunen aus. Reicht das in diesem Zusammenhang? – Na ja, die Antwort darauf ist insgesamt etwas schwierig. Wir haben morgen einen kommunalen Finanzausgleich zu verhandeln. Die letzten kommunalen Finanzausgleiche wurden letztendlich immer einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schon klar!)

Sie tun so, als würde der Freistaat Bayern den Kommunen diktieren, was sie bekommen und was nicht, was er im Übrigen aufgrund der Gesetzeslage könnte, aber nicht tut.

Was Sie gerade getan haben, ist ebenso unredlich: Sie sagen, dass Sie eine Kommunalmilliarde wollen, sowohl im Bereich Investition als auch im Bereich des automatischen Aufwuchses beim Steuerverbund. Sehr geehrte Damen und Herren, wer so etwas als Mitglied des Bayerischen Landtags fordert, ohne zu erkennen, dass auch der Freistaat Bayern auf Dauer seine Aufgaben zu erfüllen hat, schwächt die Leistungsfähigkeit des Freistaats Bayern. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten uns doch wünschen, dass unser Finanzminister morgen im Sinne eines gemeinsamen Schulterschlusses für den Freistaat Bayern ein Einvernehmen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat Bayern herstellen kann. Das vermisse ich ebenfalls in Ihrem Antrag. Übrigens befindet sich die Investitionsquote in den bayerischen Kommunen in einer Größenordnung von 23,4 %. Das ist besser als in allen anderen Bundesländern. Es hat sich gezeigt, dass der Freistaat Bayern dann

am stärksten ist, wenn die Kommunen und der Freistaat Bayern gemeinsam Politik machen und gemeinsam investieren, also Hand in Hand gehen und am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen. Bei Ihnen bin ich mir nicht sicher. Sie ziehen vielleicht am gleichen Strick, aber auf jeden Fall nicht in die gleiche Richtung. Herr Kollege Scheuenstuhl, das ist unser Problem, gerade bei dieser Show, die Sie abgezogen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Na, na, na!)

Ich verstehe, dass Sie sich darüber aufregen, wenn wir mit der Fraktionsinitiative bestimmte Maßnahmen ergreifen. Ich habe leider beim letzten Mal vergessen mitzuzählen, wie oft die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN jeweils mitgestimmt haben, als wir entsprechende Anträge eingebracht haben.

(Zurufe des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Indem Sie sich hierhinstellen und sagen, das wäre unnütz, und der CSU und den FREIEN WÄHLERN eine Parteibuchmentalität unterstellen, während Sie gleichzeitig zustimmen, machen Sie sich lächerlich. Sie lassen dadurch auch die Maske fallen. Ihnen geht es tatsächlich gar nicht um die Kommunen. Wir sind näher an den Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Haha!)

Ihnen geht es um ein politisches Bohei. Das ist es nicht wert. Das ist der Kommunen nicht würdig. Damit haben Sie den Kommunen einen Bärendienst erwiesen. Ich hoffe, dass unser Finanzminister morgen ein einvernehmliches Ergebnis mit nach Hause bringt und wir damit den Freistaat insgesamt stärken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Scheuenstuhl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege, Ihre letzte Bemerkung bezüglich des "Bärendienstes" könnte man auch als Drohung gegenüber den Kommunen auslegen.

(Martin Wagle (CSU): Was? Wie bitte?)

Aber ich hoffe, dass Sie das nicht so meinen. Ich unterstelle Ihnen auch nicht, dass Sie nicht nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten, soweit es Ihnen als Partei und als Person möglich ist.

Ich soll Ihnen aber von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Landräten ausrichten, dass es eng wird und dass sie nicht mehr können.

(Petra Guttenberger (CSU): Von welchen?)

Wenn ein Bürgermeister von der CSU zu mir sagt, Harry, ich weiß nicht mehr, was ich machen soll, muss man als Opposition selbstverständlich gute Vorschläge unterbreiten. Das haben wir gemacht. Unsere Vorschläge sind finanziert und ausgewogen. Diesen kann man jederzeit zustimmen. Ich habe jetzt meine Pflicht erfüllt, Ihnen das auszurichten.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Michael Hofmann (CSU): Dafür gibt es einzelnen Applaus des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD – Harry, das ist ausbaufähig. Aber sei es drum, gehen wir noch mal kurz zur Sache zurück. Wenn du mir das ausrichtest, hätte mich interessiert, ob es sich dabei um einen Bürgermeister aus der ländlichen Region handelt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja, mehrere! Auch aus der Stadt!)

– Also mehrere aus der ländlichen Region. Hast du ihnen auch erzählt, dass ihr für eine Pro-Kopf-Verteilung der Kommunalmilliarde seid und davon vor allem die großen Städte profitieren und nicht die ländliche Region?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das steht sogar im Dringlichkeitsantrag!)

Wie stehen sie denn dann dazu?

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Das glaube ich nicht. Eine 3.000-Einwohner-Gemeinde hat nichts davon, wenn wir die Kommunalmilliarde nach Einwohnern verteilen und dann die Städte München und Nürnberg usw. am meisten abholen. Die liegen mir alle sehr am Herzen. Lieber Harry, wenn du dich als Vertreter der ländlichen Region hierhinstellst und so tust, als würdest du die Bedenken und die Probleme der ländlichen Region in den Landtag tragen, und gleichzeitig solche Anträge forcierst, hast du deinen Job verfehlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Andreas Jurca für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Wertes Präsidium, werte Kollegen! Zunächst möchte ich einmal die Argumente nennen, die dafür sprechen, diesen Dringlichkeitsantrag zu unterstützen. Natürlich hat die SPD-Fraktion recht, wenn sie sagt, die Kommunen sind überlastet. Natürlich hat die SPD-Fraktion recht, wenn sie sagt, dass wir Investitionen brauchen, vor allem in die Infrastruktur.Natürlich hat sie auch recht, wenn sie sagt, dass man die Fraktionsreserven bzw. die Verwendung in dieser Form abschaffen sollte; denn eigentlich sind sie, wie böse Zungen behaupten würden, eine Subvention

des lokalen Wahlkampfs der Regierungsfraktionen. Das sind durchaus Argumente, die dafür sprechen.

Nun kommen wir zu den Punkten, die dagegen sprechen. Wir reden ja zunächst einmal, was ganz wichtig ist, von den Schuldeneinnahmen des Sofortprogramms, die auf die Länder verteilt werden. Jetzt kann man sich die Frage stellen, warum die SPD nicht schon auf Bundesebene ins Gesetz geschrieben hat, wie es verteilt werden soll; denn diesen Einfluss haben Sie ja – davon gehe ich aus –, wenn Sie in der Regierung sitzen. Gleichzeitig wollen Sie das aber auf Landesebene festschreiben. Da müssen Sie sich auch irgendwo mit Ihrer Bundestagsfraktion absprechen und sich entscheiden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bundesrat!)

Da kommt natürlich auch der nächste Punkt: unfaire Verteilungsvorschläge, wie Herr Kollege Hofmann schon gesagt hat, wenn wir jetzt pro Kopf verteilen. München ist nicht dafür bekannt, dass es Probleme mit den Finanzen hätte, zumindest nicht im gleichen Umfang wie die ländliche Region. Da könnten Sie durchaus einen anderen, einen faireren Mechanismus vorschlagen. Das kritisieren wir natürlich auch.

Unser grundsätzliches Problem ist Folgendes: Sie nehmen eigentlich den Haushalt vorweg, Sie nehmen schon die ganzen Gespräche vorweg. Eigentlich müssten wir, wenn man es richtig macht, erst einmal abwarten, was die Kommunen, die Spitzenverbände konkret sagen und was sie fordern. Anhand dessen sollte man dann als Oppositionsfraktion einen Antrag erstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Forderungen sind bekannt! Es gibt ein Forderungsschreiben, das sollten Sie wissen!)

– Das mag ja sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Mal lesen!)

– Aber wenn es schon ein Forderungsschreiben gibt, muss man sich auch fragen, ob wir dieses Treffen noch brauchen. Wenn Sie sagen, dass wir das doch alles gar nicht brauchen und schon alles vorher bekannt ist, können wir doch auch auf die Treffen verzichten. Wir müssen uns irgendwann einmal entscheiden, wie wir das Ganze durchziehen möchten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie müssen sich fachlich damit auseinandersetzen, Herr Kollege!)

– Das tue ich auch. Aber bezüglich des Fachlichen kann ich das zurückgeben. Sie sollten erst einmal rechnen lernen. Wie kommen Sie auf 5 Milliarden Euro für die Kommune Zirndorf?

(Beifall bei der AfD)

Entschuldigung! Sie argumentieren mit der fachlichen Auseinandersetzung und haben sich zumindest um eine Null vertan. Fachlich sollten Sie erst einmal Grundschulmathematik lernen und mich dann kritisieren. So viel dazu.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Ich stelle fest, Sie kennen nicht einmal das fachliche Schreiben der Kommunen!)

– Sie haben mich jetzt angegriffen, dann gebe ich es halt zurück.

Meine Damen und Herren, unsere allgemeine Feststellung ist, dass die Staatsregierung uns den Doppelhaushalt eigentlich schon längst als Entwurf hätte bereitstellen sollen, damit wir hier mit einem ordentlichen Zeitvorlauf darüber debattieren können. Das sehe ich aufseiten der Regierung durchaus als kritikwürdig.

Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Wenn die Sache der SPD-Fraktion so wichtig gewesen wäre, hätte sie sie schon längst auf der Bundesebene gemacht. Das hier ist eigentlich reine Schaufensterpolitik, die wir so nicht unterstützen werden,

meine Damen und Herren. – Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ablehnung von unserer Seite.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Keine eigene Meinung!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Harry Scheuenstuhl, SPD-Fraktion, das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie sagen, dass die Bundesebene das regeln soll. Die Absicht war eben, dass die Länder es in ihrer Hoheit machen. Wir ringen im demokratischen Diskurs darum, wie das Geld verteilt wird, und ich glaube, ist es aller Ehren wert, dass wir hier darüber diskutieren. Man kann eine andere Meinung vertreten. Das ist richtig. Aber es war eben der Wunsch der Koalitionäre und der Bundesländer, dass es in den Ländern entschieden wird. Das wollte ich Ihnen nur sagen.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Scheuenstuhl, das ist an sich auch gar kein Problem. Ich habe nur die Reihenfolge kritisiert; das kritisieren wir. Lassen Sie doch erst einmal die Gespräche stattfinden, und dann kommt im Nachgang die Debatte. Dann wissen wir, was Sache ist und was die Spitzenverbände fordern, und anhand dessen können wir eine seriöse Politik betreiben. Das gilt im Übrigen auch für die Opposition.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Bernhard Pohl. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Kollege Scheuenstuhl, diesen Antrag haben nicht Sie geschrieben. Dieser Antrag stammt aus der Feder des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter. Trotzdem ein Kompliment an Sie: Wie Sie es geschafft haben, diesen

Antrag an Ihrem Fraktionsvorsitzenden vorbeizuschmuggeln, müssen Sie mir mal unter vier Augen erklären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie diesen Antrag nämlich umsetzen – eine Milliarde wird pro Kopf verteilt –, bedeutet das, dass die Landeshauptstadt München fast das Eineinhalbfache vom gesamten Bezirk Oberfranken kriegt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ob das Ihr Fraktionsvorsitzender goutiert, wage ich zu bezweifeln.

Im Übrigen ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass nicht die Staatsregierung allein die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich führt, sondern am Tisch sitzen Finanzminister Albert Füracker, sein Staatssekretär Martin Schöffel, Hubert Aiwanger als stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Joachim Herrmann, außerdem der Kollege Josef Zellmeier und ich. Wenn Sie also den Appell an die Staatsregierung richten, haben Sie zumindest einen Teil des Verhandlungsteams, das den Freistaat Bayern morgen vertritt, gar nicht im Boot.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir halten uns an die Staatsregierung!)

Aber wir halten uns nicht mit solchen Kleinigkeiten auf. Wir akzeptieren, dass die SPD den etwas größeren Blick hat. Da stolpert man vielleicht auch mal über solche Kleinigkeiten drüber.

Jetzt, Herr Kollege Scheuenstuhl, müssen Sie tatsächlich Rede und Antwort stehen. Etwas spannender finde ich schon, wie Sie eigentlich hinter die Steuerakte mit den 4 Milliarden Euro gekommen sind. Im Finanzamt von Kaufbeuren, meiner Heimatstadt, ist diese Steuerakte tatsächlich behandelt worden. Aber woher kennen Sie die Akte? Wissen Sie denn, wann das Geld fließt, in welcher Höhe es fließt, ob das schon

bestandskräftig ist? – Alles sehr, sehr spannend. Da muss man Insiderwissen haben, Kollege Scheuenstuhl.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wäre schön!)

Das sollten Sie diesem Hohen Haus einmal erklären.

Insiderwissen braucht man aber nicht, Kollege Scheuenstuhl, um zu wissen, dass die Hälfte dieses Betrages in den unsäglichen Länderfinanzausgleich, jetzt Finanzkraftausgleich, geht. Das heißt, von den von Ihnen errechneten 4 Milliarden Euro sind 2 Milliarden Euro ohnehin nicht mehr in Bayern, und dann wollen Sie im Verhältnis 75 zu 25 für die Kommunen verteilen. Das spricht dafür, dass Sie ein Herz für die Kommunen haben. Aber dann sollten Sie fairerweise Ihren Sitz im Haushaltsausschuss aufgeben; denn eines muss ich Ihnen schon sagen: Wenn Sie top sanierte Schulen haben, aber die Lehrer nicht mehr bezahlen können, hilft Ihnen die schönste Schule nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aus dem Thema Fraktionsinitiativen spricht natürlich der Neid. Aber Kollege Hofmann hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie den hervorragenden Anträgen der Regierungsfraktionen meistens zustimmen, weil Sie einfach sagen müssen, dass sie gut sind. Ich werde den Leo Hiemer, wenn ich ihn das nächste Mal treffe, sagen, dass wir nur irgendwelche Mitglieder von CSU und FREIEN WÄHLERN bedenken. Ich glaube nicht, dass Leo Hiemer jemals Mitglied der CSU oder der FREIEN WÄHLER war, um das Projekt "Geliebte Gabi" fördern zu lassen. Wenn Sie sagen, das ist Firlefanz und irgendetwas parteipolitisch Motiviertes, tut mir das wirklich persönlich weh. Ich könnte Ihnen noch andere Beispiele nennen.

Sie fordern, die Verbundquote von 13 % auf 15 % zu erhöhen und eine Milliarde aus diesem Schuldenpaket vom Bund an die Länder zu geben. Da frage ich Sie – ich bin sehr gespannt, wenn wir in Kürze den Doppelhaushalt in den Landtag einbringen und

ihn diskutieren –, ob Sie dann auch diese Milliarden, die Sie hier verteilen, tatsächlich auf der anderen Seite wieder einsparen und wo Sie sie einsparen. Da sind wir schon unglaublich gespannt.

Aber es kann ja sein, Herr Kollege Scheuenstuhl, dass Sie in vorauseilender Hoffnung einer absoluten Mehrheit der SPD im nächsten Bundestag die Schuldenpakete in Gedanken schon vervierfacht haben und sie jetzt schon ausgeben. Das wäre jedenfalls ein Wesensmerkmal der Sozialdemokratie. Dann blieben Sie sich wenigstens selber treu.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lieber Kollege Scheuenstuhl, ich kann Ihnen sagen, ich schätze Sie sehr. Ihr Antrag spiegelt Ihr an sich durchaus vorhandenes Niveau leider nicht wider. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Sie können sich sicher denken von wem – vom Kollegen Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Alles andere hätte mich jetzt enttäuscht.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich muss jetzt erst einmal Luft holen. Ich möchte betonen, dass wir vor allen Dingen geschaut haben, dass den Kommunen Eigenmittel zur Verfügung stehen. Wir haben nämlich oft den Fall, vor allem bei kleineren Kommunen, dass diese die Eigenmittel nicht mehr aufbringen können, um Investitionen zu tätigen. Das ist Nummer eins.

Nummer zwei. Ich kenne die Steuerakte nicht, aber ich kann lesen, genauso wie Sie. Bisher hat niemand bestritten, dass aus dieser Erbschaftsteuerzahlung 4 Milliarden an den Freistaat Bayern gegangen sind. Angeblich sind sie schon da, so kann man lesen.

Herr Kollege, ich glaube, das ist jetzt so ein kleiner Taschenspielertrick, um davon abzulenken. Aber das macht nichts. Es freut mich ja, dass wir so intensiv über unsere Themen diskutieren, die wir neu eingebracht haben und andere nicht zum Ziel haben.

Sie müssten sich allerdings bei dem Thema Verteilung der 12 Milliarden für Bayern zurückhalten, weil Sie das eigentlich gar nicht wollten. Sie müssten dann bitte bei der Haushaltsberatung schweigen, ruhig sein und sich in die Ecke stellen.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Bürgermeister können mit Sicherheit gut darüber entscheiden. Ich glaube, diese haben mehr Übersicht darüber, was in ihren Gemeinden notwendig ist. Deswegen ist unser Anliegen, das nicht bei den Abgeordneten zu belassen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Und ich beende. Danke schön.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist hoch spannend. Aber ich sage Ihnen, eine Steuerakte muss man schon kennen. Es gibt die Möglichkeiten der Stundung, Teilzahlung und auch den Billigkeitserlass usw. Ich kenne die Steuerakte nicht. Deswegen kann ich auch nicht sagen, ob, wann und wie viel Geld fließt. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: In die Ecke stellen? Also mein Lieber, es sind hier in den letzten Jahren unter Führung der SPD in der Ampel Versäumnisse im Bereich der Wirtschaftspolitik gemacht worden, die dazu führen, dass die Kommunen und der Freistaat ein veritables Einnahmenproblem haben, was wir nicht hätten, wenn halbwegs vernünftig regiert worden wäre. Deswegen sage ich "si tacuisses", und um nicht völlig die Contenance zu verlieren, sage ich Ihnen, Ihre Zwischenbemerkung hat Ihren insuffizienten Antrag nicht gerettet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Lage der Kommunen ist tatsächlich ernst. Wir haben darüber letzte Woche in der Aktuellen Stunde eigentlich schon sehr ausführlich debattiert. Die bisherige Debatte war jetzt – das muss ich sagen – etwas an der Haushaltsnot vorbei. Die Debatte hat sich viel um den Antrag gedreht. Aber ich möchte doch an die Zahlen erinnern:

(Zuruf von der CSU)

– Trotzdem. Es geht schon um die Haushaltsthematik, wie sie sich in unseren Kommunen darstellt. Die Kommunen fahren bisher ein extremes Defizit ein. Bei uns in Bayern lag das Defizit 2023 noch bei 2,5 Milliarden. Letztes Jahr, 2024, lag es schon bei 5,2 Milliarden Euro. Das ist übrigens Platz zwei hinter Nordrhein-Westfalen. In der ersten Jahreshälfte 2025 haben wir schon 4,6 Milliarden Euro. Schauen wir mal, wie das noch weitergeht. Ich finde, so kann es nicht bleiben.

Gestern ist mir auch noch ein FAZ-Artikel in die Hand gefallen, in dem die Kölner Kämmerin berichtet, dass mittlerweile Kollegen aus Bayern bei ihr anrufen würden und sich nach Konsolidierungsmöglichkeiten erkundigen würden. Ich frage mich hier schon, ob das der Anspruch von CSU und FREIEN WÄHLERN ist. Ist das der Anspruch Bayerns? Ich muss sagen, wir GRÜNE meinen: Nein, liebe Leute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Situation wäre vermeidbar gewesen. Auch wir haben die Kommunalmilliarde schon mehrfach vorgeschlagen. Wie man sie dann verteilt, ob immer nur pro Kopf, dahinter mache ich ehrlich gesagt auch ein Fragezeichen. Die Schlüsselmasse wäre schon oftmals ein bisschen cleverer und zielgerichteter.

Mir fällt aber auf, dass die Ausreden von FREIEN WÄHLERN und CSU mittlerweile doch schwach sind. Letzte Woche in der Aktuellen Stunde hat es sogar ein Redner geschafft, einen Volksentscheid in Hamburg ins Spiel zu bringen. Heute gab es bisher auch wenig zu den Kommunen, aber dafür viele Ausreden, warum die Vorschläge von der SPD nicht ganz passen.

Ich frage mich auch, wie lange Sie noch die Rücklage kleinrechnen wollen, nachdem jetzt noch die Thiele-Erbschaft dazu kam. Sie verweisen neuerdings auch auf die erfreulich hohe Investitionsquote der bayerischen Kommunen. Ich wage zu prognostizieren, dass diese auch in diesem und im nächsten Jahr hoch bleiben wird; denn all die begonnenen Projekte wie Kitas und Horte werden schon noch fertig gebaut werden, zur Not mit Rücklagen. Aber wo fängt man an, wenn es eng wird in der Kasse? – Bei den neuen Projekten. Das wird ein schleichender Prozess, und das muss jetzt verhindert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei unseren Kommunen geht es um das Vertrauen der Menschen in den Staat. Das beginnt ganz unten. Deswegen Schluss mit gammeligen Schultoiletten, Schluss mit Kürzungen bei Kultur und Vereinen. Machen Sie endlich eine echte Kommunalmilliarde fertig. Schaffen Sie mehr frei verfügbare Mittel für die Kommunen. Heben Sie den kommunalen Anteil am Steuerverbund an. Geben Sie Kommunen mindestens zwei Drittel der Gelder aus dem Sondervermögen; das hat übrigens Baden-Württemberg schon längst geregelt. Schaffen Sie auch Bürokratie in Bayern ab. Wir brauchen keine 150 Förderprogramme für unsere Kommunen. Das Geld muss fließen und nicht die Fördernachweise.

Ich komme auf die gestrige Kabinettssitzung von Markus Söder zu sprechen, in der er endlich einmal zum Thema gesprochen hat und Hilfen versprochen hat. Das ist gut. Doch ich bin dann doch ganz schön gestockt, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn er

sagte, es müsse eine Balance gewahrt werden. Schließlich seien solide Finanzen und ein ausgeglichener Haushalt für Bayern Markenkern.

Wir sind in einer der tiefsten Krisen für unsere Kommunen überhaupt. Unser Ministerpräsident macht sich Sorgen um seinen Markenkern, zwar nicht um den Markenkern Bayerns, sondern um den Markenkern der CSU. Früher hieß es mal, erst kommt das Land, dann die Partei, dann die Person. Bei Markus Söder ist es immer öfter umgekehrt. Das muss sich wieder ändern. Erst das Land – und ich ergänze –, erst unsere Gemeinden, Märkte und Städte und Landkreise, dann die Partei, dann die Person. Es ist höchste Zeit zu handeln. Deswegen werden wir zustimmen, auch wenn wir vielleicht pauschal nicht an jeder Stelle einer Meinung sind, aber die Stoßrichtung ist richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst hat der Abgeordnete Martin Huber für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Huber (AfD): Werter Kollege, ich muss mich schon wundern, was Sie da von sich geben. Wir sind in einer tiefen Krise der Kommunen. Warum? Warum sind wir in einer tiefen Krise? Wer ist dafür zuständig? Darüber reden wir überhaupt nicht. Wer hat das verschuldet? Ich bin selber 35 Jahre lang Kommunalpolitiker. Wer ist denn da schuld? – Die ganzen Gesetze, die die Regierung, der Sie angehört haben, die ganzen Jahre gemacht hat. Ihr macht Gesetze, und die Kommunen müssen sie umsetzen. Dann heißt es immer, die bekommen ja Zuschüsse. Aber die Kommunen bekommen keine 100-Prozent-Zuschüsse. Und so gibt eins das andere. Ihr seid schuld, dass bei den Kommunen, so wie es jetzt in ganz Deutschland ist, die Finanzen klamm sind. Und jetzt reden wir über Geldverteilung und dass wir Schulden machen. Glauben Sie, dass man den Kommunen mit einer Milliarde Euro aus der Patsche helfen kann? Kommen Sie mal zu meiner Gemeinde, dann schauen wir einmal nach, und dann

erzählen wir Ihnen was. Ihr sagt immer, dass ihr nah am Bürger seid. Leute, hört endlich auf damit. Wer anschafft, muss zahlen, zu 100 %. Die Kosten haben wir immer zu tragen. Die Kommunen sind restlos überfordert, und Sie sind schuld.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Martin Huber (AfD): Wir müssen Konzepte erarbeiten, dass wir die entlasten. Da gehört ganz oben angefangen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pargent, bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich habe jetzt viel Geschimpfe gehört und bin immer wieder erstaunt, an was man alles schuld sein kann. Es wäre schön gewesen, wenn Sie konkrete Beispiele genannt hätten, damit wir darüber reden könnten. Davon habe ich jetzt nichts gehört. Deswegen kann ich dazu ehrlich gesagt auch wenig sagen. Ich diskutiere aber das mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bei mir sehr gerne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat der Kollege Norbert Dünkel für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Kollege, ich möchte ein paar Zahlen nennen. Das ist mir wichtig: Es wird eine Kommunalmilliarde gefordert, und wir wissen, dass die Steuerschätzung – und die legen wir auch als Freistaat zugrunde – für nächstes Jahr 900 Millionen Euro zugrunde legt für die Kommunen und übernächstes Jahr eine Milliarde.Hinzu kommen die Bundesmittel, die umgerechnet auf ein Zwölftel bei einem Anteil von 60 % für die Kommunen 780 Millionen Euro ausmachen. Das bedeutet, die Kommunen werden ab dem nächsten Jahr ungefähr 1.780.000.000 Euro oder 1.680.000.000 Euro mehr bekommen.

Ich bin jetzt 13 Jahre im Bayerischen Landtag. Wir haben in jedem Jahr 500 Millionen Euro für die Kommunen draufgelegt. Das ergibt eine Summe von 6,5 Milliarden Euro. Das wollte ich noch zu Ihrer Rede erwähnen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Den Mitteln aus dem Sondervermögen des Bundes haben wir im Bundestag gerne zugestimmt. Hier ziehen wir am gleichen Strang. Mir ist es aber wichtig zu ergänzen, dass wir diese Kommunalmilliarde schon im letzten Haushalt für das aktuelle Jahr zusätzlich gefordert haben. Um diese Zusätzlichkeit geht es uns auch hier. Wir haben ganz konkret vorgeschlagen, woher diese Milliarde kommen und wofür sie verwendet werden soll.

In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an die gut gefüllte Rücklage des Freistaats. Der Haushaltsabschluss 2024, der uns erst vor wenigen Wochen zugeleitet wurde, hat ergeben, dass diese Haushaltsrücklage zum Jahresende noch mit über 10 Milliarden Euro gefüllt war. Dann kam noch die Thiele-Erbschaft dazu. Ich bin guter Dinge, dass wir die Beträge, die erfreulicherweise vom Bund kommen, von Bayern aus gut begleiten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatssekretär Martin Schöffel. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie in jeder Woche führen wir auch diesmal wieder eine Aussprache zum kommunalen Finanzausgleich und zur Situation der Kommunen. Das ist wichtig und richtig; denn der Freistaat Bayern ist das kommunalfreundlichste Bundesland unter allen Bundesländern in Deutschland. Ich wundere mich nur, dass

hier in jeder Woche auch falsche Behauptungen und absurde Aussagen ins Gespräch gebracht werden.

Deswegen möchte ich zunächst feststellen: Morgen finden die Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, der Staatsregierung und den Vertretern des Haushaltsausschusses statt. Wir werden die Kommunen in Bayern auch weiterhin kraftvoll unterstützen. Wir haben sie bisher mit über 22 Milliarden Euro kraftvoll unterstützt. Michael Hofmann hat das dezidiert dargelegt. Wir werden auch auf aktuelle Herausforderungen entsprechend reagieren.

Die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände sind angesprochen worden. Die Bezirke stehen vor großen Herausforderungen. Es geht darum, die Schlüsselzuweisungen stabil zu halten. Die Forderungen müssen gegeneinander abgewogen und mit den Möglichkeiten des Freistaats in Einklang gebracht werden. Wir müssen auch prüfen, wo den Kommunen am besten geholfen werden kann.

Norbert Dünkel hat völlig richtig gesagt, dass auch die Steuereinnahmen der Kommunen steigen werden. Nach der Oktober-Steuerschätzung im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung wird sich die Steigerung auf etwa 1 Milliarde Euro pro Jahr belaufen. Das ist eine zusätzliche Milliarde in 2026 und 2027.

Damit komme ich zu den Themen Finanzierungsdefizit und Investitionsquote. Eine Investitionsquote von 23 % ist ein gewaltiger Wert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können froh sein, dass die bayerischen Kommunen in der Lage sind, in ihre Schulen, ihre Kindergärten und in ihre Infrastruktur so viel Geld zu investieren. Der Freistaat Bayern fördert dabei mit verschiedenen Programmen kräftig mit. Wir unterstützen die Kommunen nach Kräften. Bei uns sind die Kommunen in der Lage, eine Investitionsquote von 23 % aufzubringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gibt es in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Pargent, absurd wird es, wenn in diesem Zusammenhang Nordrhein-Westfalen als Vorbild für Bayern genannt wird. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen eine Investitionsquote von 12 %, also knapp die Hälfte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten die bayerischen Kommunen nur eine Investitionsquote von 12 %, dann hätten sie kein Finanzierungsdefizit, sondern sie würden einen Überschuss erwirtschaften. Eine so niedrige Investitionsquote ist für uns nicht vorstellbar. Der Vergleich mit Nordrhein-Westfalen ist hier völlig falsch.

Ein weiteres Beispiel sind die Kassenkredite. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen im Durchschnitt einen Kassenkredit von über 1.000 Euro pro Kopf; in Bayern beläuft er sich auf 88 Euro. Lieber Herr Kollege Pargent, sollten sich die bayerischen Bürgermeister die Frage stellen, wo sie noch konsolidieren könnten, sollten sie sich in Bayern oder beim bayerischen Finanzministerium erkundigen und nicht in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, Sie haben da etwas durcheinandergebracht. Das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für diese Investitionen der bayerischen Kommunen werden jetzt einige Milliarden aus dem Sondervermögen des Bundes zur Verfügung gestellt. Hier entfallen 15,7 Milliarden Euro auf den Freistaat Bayern. Rechnen wir mit rund 60 %, sind das knapp 10 Milliarden Euro. Das wird eine Investitionsmilliarde für die nächsten zehn Jahre. Sie kann aber natürlich auch vorgezogen werden. Die Kommunen werden somit entlastet. Das hat der Deutsche Bundestag beschlossen. Angeregt haben das jedoch die Bayerische Staatsregierung und die CSU. Deswegen ist hier dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dank zu sagen, der dafür gesorgt hat, dass bei diesem Sondervermögen des Bundes auch Länder und Kommunen berücksichtigt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Geld wird den Kommunen bei ihren Investitionen helfen. Deswegen können wir sagen: Wir sind die Kommunalpartei und niemand anders.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zu den großen Herausforderungen, die ich nicht wegdiskutieren will, und diese Herausforderungen liegen in den Verwaltungshaushalten. Hier sind die Entwicklungen dramatisch. Hier muss ich ganz klare Versäumnisse des Bundes ansprechen, zum Beispiel die Betriebskostendefizite der Krankenhäuser. Es ist nicht in Ordnung, dass die Kommunen mit Milliardenbeträgen für Krankenhausdefizite aufkommen müssen. Dafür ist der Bund verantwortlich.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Für Kindergärten ist der Freistaat verantwortlich!)

Es gibt viele steigende Sozialausgaben, die bei den Bezirken zu Buche schlagen. Hier möchte ich speziell das Bundesteilhabegesetz nennen. Die Situation ist so, dass nicht mehr die Spezialisten bei den Bezirken darüber entscheiden können, welches die beste Versorgung für den Einzelnen ist, sondern dass dies eingeklagt werden kann. Wir brauchen keinen Abbau der Hilfen, sondern wir brauchen eine Stärkung der Entscheidungskraft der Bezirke. Der Bund muss hier mehr Geld zur Verfügung stellen. Wer bestellt, der muss es auch bezahlen. Hinzu kommen hier auch noch Steigerungen bei den Personalausgaben.

Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie stellen Forderungen an den Freistaat Bayern, die in Berlin ihre Ursache haben. Das kann aber nur ein Teil der Lösung sein. Bärbel Bas ist die Bundessozialministerin. Sie kann auf die Situation bei den Bezirken Einfluss nehmen. Wenden Sie sich doch einmal an Ihre Bundesministerin. So wie das System bisher läuft, kann es nicht weitergehen; denn sonst kann niemand mehr die Bezirke finanzieren. Die Bezirke werden momentan für Dinge in die Pflicht genommen, die in Berlin beschlossen werden und am Ende von den Kommunen bezahlt werden müssen. Das ist nicht in Ordnung. Das muss geändert werden.

(Beifall bei der CSU)

In aller Kürze zu Ihrem Antrag. Ich bin froh, dass die Auswirkungen dieses Antrags bereits ausgerechnet wurden. Lieber Herr Kollege Pohl, ich denke, das ist mit dem

Fraktionsvorsitzenden der SPD bereits abgestimmt; denn der hat auch schon mehrfach gefordert, dass all diese Zahlungen pro Kopf auf die Gemeinden verteilt werden sollen. Das kann nicht die Lösung für ein Flächenland wie Bayern sein.

Diese Forderung nach einer Pro-Kopf-Verteilung der Mittel auf die Städte und Gemeinden würde eine große Summe für die Stadt München, aber nur eine kleine Summe für die Städte und Gemeinden und kein Geld für die Landkreise bedeuten. Der Landkreis Forchheim, der Landkreis Wunsiedel und der Landkreis Neustadt a. d. Aisch würden nichts bekommen. Das sind aber die Gebietskörperschaften, die große Schulbauten zu stemmen haben, die Realschulen und Gymnasien sowie Turnhallen und Schwimmbäder bauen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann doch kein vernünftiger Ansatz sein, für die Landkreise kein Geld zur Verfügung zu stellen. Wir müssen doch gerade diejenigen unterstützen, die diese extrem großen Maßnahmen finanzieren müssen.Die SPD macht also wieder einmal deutlich,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

dass sie in ihrer Gedankenwelt nicht aus der Stadt München herauskommt und für den ländlichen Raum völlig unglaubwürdig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hinzu kommt – das möchte ich nur der Vollständigkeit halber sagen –, dass als Teil des Sondervermögens auch bei Leistungen, die als Pauschalen an die Kommunen gegeben werden, jede Investition gegenüber dem Bund nachgewiesen werden muss. Der SPD-Finanzminister wollte es so, dass jede Ausgabe aus Pauschalen nachgewiesen werden muss. Das wird nicht einfach. Deswegen sollten Sie, wenn das im Bundesfinanzministerium beschlossen wird, den Kommunen nicht versprechen, dass das alles ohne Nachweis funktionieren wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur noch einmal sagen: Wir werden für die Gemeinden eine gute Lösung finden, sowohl für das Son-

dervermögen als auch für den weiteren Aufwuchs im kommunalen Finanzausgleich. Wir haben im letzten Jahr 608 Millionen Euro im FAG draufgelegt. Das ist die Basis für die Verhandlungen morgen und für das nächste Jahr. Die bayerischen Kommunen können sich freuen, dass sie im Freistaat Bayern sind. Wir werden gemeinsam die Herausforderungen bei der Entlastung der Bezirke, bei der Senkung der Baukosten und bei der Frage der Personalkosten angehen und werden die Kommunen im Freistaat weiterhin in angemessener Weise unterstützen. Herzlichen Dank auch für die Unterstützung des Hohen Hauses in dieser Angelegenheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatssekretär, es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Tim Pargent, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich habe eine Frage zu den Mitteln aus dem Sondervermögen. Ich frage mich, warum die Staatsregierung so knausrig ist und bislang nur 60 % der Mittel an die Kommunen weitergeben will. Baden-Württemberg hat mit den dortigen Kommunen schon vor Wochen 66,8 % vereinbart. Deswegen lautet meine Frage: Warum ist die Staatsregierung so knausrig?

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege Pargent, von Knausrigkeit kann keine Rede sein. Ich habe gerade ausgeführt, was wir im FAG, bei den Schlüsselzuweisungen, bei den kommunalen Investitionsprogrammen

(Volkmar Halbleib (SPD): Was machen wir beim Sondervermögen?)

und zum Beispiel bei Artikel 10 FAG tun. Am Ende müssen Sie alles zusammennehmen. Wir lassen uns nicht auf einzelne Prozentsätze festlegen. Das kann auch von Jahr zu Jahr schwanken.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schwankende Angebote, jawohl!)

Am Ende ist das Angebot, das wir unterbreiten können, sehr gut. Wir werden dies mit den kommunalen Spitzenverbänden – so lautet meine Prognose – in großer Einigkeit verhandeln können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Andreas Jurca, AfD-Fraktion, das Wort.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Staatssekretär Schöffel, Sie haben vorhin gesagt, dass die CSU die Kommunalpartei ist. Ich sage: Ja, das kann ich so unterschreiben, dass die CSU nur eine unbedeutende Regionalpartei ist, weil Sie sich offensichtlich auf Bundesebene nur schwer durchsetzen können. Entschuldigen Sie die harschen Worte, aber Sie sind in der Regierung. Das müssen Sie aushalten können.

Zu meiner konkreten Frage: Das eine ist, den Kommunen Gelder zur Verfügung zu stellen. Das andere ist, als Regierung darauf zu achten, wofür bestimmte Kommunen Gelder ausgeben. Ich komme beispielsweise aus Augsburg. Wir geben bald eine halbe Milliarde Euro für ein Staatstheater aus. Ich frage mich, ob das verhältnismäßig ist. Andere Frage: Wie sieht es mit den Kosten für Sicherheitsdienste in Asylunterkünften in Augsburg aus? Hier haben wir in den letzten Jahren auch Kosten in Höhe von ein paar Millionen Euro angehäuft, was am Ende des Tages in der Verantwortung der Bundesregierung liegt, der Sie auch angehören.

Was ist eigentlich Ihre Vision für die Zukunft? Wollen Sie versuchen, jedes Jahr noch das Geld zusammenzukratzen, oder haben Sie sich eine langfristige Lösung für das Problem überlegt?

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege, ich weiß nicht, worauf genau Sie Bezug nehmen, wenn Sie sagen, die CSU könne sich nicht in Berlin durchsetzen. Ich habe gerade verdeutlicht, dass es das Sondervermögen für Länder und Kommunen nur gibt, weil die CSU und Dr. Markus Söder sich hier stark eingesetzt haben. Sie wollen wahrscheinlich auf etwas anderes hinaus und von großen Erfolgen dieser Bundesregierung ablenken.

(Lachen bei der AfD)

Ich kann Ihnen sagen, der Bundesinnenminister hat beim Thema Grenzsicherung, innere Sicherheit, Zuwanderung und Abschiebungen in wenigen Wochen mehr durchgesetzt, als Sie mit Ihren Plattitüden und Ihren leeren Forderungen hier jemals erreichen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Politik der CSU wirkt in allen Bereichen, und das passt Ihnen nicht.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/8667 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Eine Stimme war ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Benjamin

Nolte entfielen 27 Ja-Stimmen und 121 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Benjamin Nolte nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich gebe weiterhin das Ergebnis der zuvor durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 152 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Oskar Lipp entfielen 28 Ja-Stimmen und 122 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Damit hat Herr Abgeordneter Oskar Lipp nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 4 ist damit ebenfalls erledigt.